

„Feldzug der Eliten gegen den Sozialstaat“

Auf Einladung der Organisation Attac Diskussion im Jubez über die Kinderarmut

Arme Kinder - reiches Land. Unter diesem Titel engagiert sich die Organisation Attac in der Fächerstadt seit einem Jahr gegen Kinderarmut. Die Frage, ob Kinderarmut politisch verursacht ist, beschäftigte am Montagabend ein Diskussionsforum der Organisation im Jubez. Die Experten auf dem Podium kamen dabei zu einer eindeutigen Schlussfolgerung: In einem demokratischen und wohlhabenden Staat wie Deutschland dürfte es prinzipiell keine Kinderarmut geben.

Hauptredner Friedhelm Hengsbach, Professor für Christliche Gesellschaftsethik an der Sankt Georgen Hochschule in Frankfurt, betrachtet „alles als finanzierbar, das politisch gewollt ist“. Entsprechend müsste es keine Kinderarmut geben, wenn die Regierung mit den richtigen Mitteln dagegen vorgehen würde. Grundvoraussetzung für eine Lösung des Problems sei die Abschaffung der allgemeinen Armut.

Als Grundübel bezeichnet der Theologe in diesem Zusammenhang den Finanzkapitalismus. Hengsbach betont, dass die Schere zwischen Arm und Reich in der heutigen Gesellschaft immer weiter auseinander klaffe. Es liege nun an der Politik, den Einfluss der Finanzmärkte zu reduzieren und nicht dem „Feldzug der Eliten gegen den Sozialstaat“ zu verfallen.

Hartz IV bezeichnete der Theologe als „Armut durch Gesetz“. Dies beweise auch die schnell steigende Kinderarmut seit der Einführung von Hartz IV im Jahr 2005. Nur eine Erwerbsarbeit, bei der die Menschen nicht noch auf staatliche Zuschüsse angewiesen sind, werde einen Weg aus der Armut bringen.

Eine Beseitigung der Armut sei notwendig, um Menschen nicht ins kulturelle Abseits zu bringen und somit auch den gesellschaftlichen Ausschluss dieser zu verhindern. Ungeteilte Zustimmung erhielt der Hauptredner bei seinem Anliegen von Attac-Mitglied Georg Rammer. Er bezeichnet die Kinderarmut als „Kollateralschaden neoliberaler Standortpolitik“. Inzwischen lebe jedes sechste Kind in Armut; vor rund 40 Jahren sei es nur jedes 75. Kind gewesen. Armut sei es auch, die letztlich zu Aggression führe und somit auch zu Debatten über steigende Jugendkriminalität. Auch Werner Rätz, Ratsmitglied von Attac Deutschland, kritisiert in seiner Rede die politische Entwicklung.

„Das Sozialversprechen ist am Ende“, betont er und fordert die Entstehung einer neuen Gesellschaftlichkeit.

Mario Beltschak

Dieser Artikel wird auf der Homepage von attac-Karlsruhe veröffentlicht mit freundlicher Genehmigung der BNN

